

"Um die Vereinigten Staaten von Europa" in Süddeutsche Zeitung (16. November 1948)

Legende: Am 16. November 1948 berichtet die deutsche Tageszeitung Süddeutsche Zeitung über die Kritik an den auf dem von der Union Europäischer Föderalisten (UEF) organisierten Kongress geführten Diskussionen, der am 7. November in Rom stattfand.

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. FRIEDMANN, Werner; GOLDSCHAGG, Edmund; SCHÖNINGH, Dr. Franz Joseph; SCHWINGENSTEIN, August. 16.11.1948, n° 103; 4. Jg. München: Süddeutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"um_die_vereinigten_staaten_von_europa"_in_suddeutsche_zeitung_16_november_1948-de-83179e9c-15b2-4dc6-ac70-4fd7cec4c4fc.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 15/09/2012

Um die Vereinigten Staaten von Europa

Zum Kongreß der „Union europäischer Föderalisten“ in Rom

Von Franz Josef Schöningh

Als vor kurzem im Palazzo Venezia zu Rom der Kongreß der „Union europäischer Föderalisten“ mit Angehörigen aus dreizehn Staaten eröffnet wurde, hätte zum Empfang niemand das Wort ergreifen können, der berufener gewesen wäre, als der italienische Staatspräsident Luigi Einaudi, der schon während des ersten Weltkrieges die ungeheure Gefahr erkannte, die das Prinzip der souveränen Nationalstaaten für das kleine gebrechliche Europa bedeutet. Seitdem hat er nicht aufgehört, auf die Notwendigkeit eines europäischen Bundes, in dem jeder Staat auf einen Teil seiner Souveränität verzichtet, immer wieder hinzuweisen, wenn ihn auch der Faschismus schließlich vorübergehend zum Schweigen zwang. In seiner Rede im Palazzo Venezia in der er auf den § 11 der neuen italienischen Verfassung hinwies, der bereits die Tür zu einer solchen europäischen Union offen hält, gab Einaudi noch einmal jenen Gedanken Ausdruck, die er in einer ergreifenden Rede vor mehr als Jahresfrist in der verfassunggebenden Versammlung Italiens ausgesprochen hat und die in der Frage gipfeln: Ist das geeinte Europa eine Utopie? Vielleicht. „Aber dann haben wir nur noch die Wahl zwischen der Utopie und dem Tod, zwischen der Utopie und dem Gesetz der Dschungel.“

Diese berechtigte und atemraubende Alternative charakterisiert zugleich die Gefahr, in die ein solcher Kongreß leicht gerät: daß auf ihm das utopische Element das Uebergewicht erhält, welches auf Resolutionen im luftleeren Raum drängt und Beschlüsse faßt, denen es an realer Kompetenz fehlt. Der Präsident des Exekutivbüros, Henri Brugmans, Professor in Utrecht, der sich ganz in den Dienst des paneuropäischen Gedankens gestellt hat, nannte in seiner klaren, die europäische Situation vorzüglich analysierenden Eröffnungsrede zwei Gruppen als die eigentlichen Träger des europäischen Gedankens: die nichts als „Gläubigen“ und jene Politiker, die aus realistischer Einsicht an einer Vereinigung der europäischen Staaten arbeiten. Diese können gewiß nicht auf die Anregungen und den Ansporn jener verzichten, die den europäischen Gedanken mit geradezu religiöser Inbrunst vertreten. Aber zugleich bilden diese „Gläubigen“ für ihn eine Gefahr, indem sie, gleich unseren Vätern in der Paulskirche, gerade durch ihre utopischen Konstruktionen den Gegnern eine Handhabe bieten, auch das real Mögliche zu diskreditieren. Der römische Kongreß bewies dies zur Genüge, so daß es die „Nüchternen“ in der politischen Kommission, bei der neben der konstituierenden das eigentliche Schwergewicht lag, nicht immer leicht hatten, jener Devise zum Siege zu verhelfen, die allen paneuropäischen Bestrebungen vorschweben sollte: „Haltet die Beine am Boden!“ Daß dies nicht in allen Kommissionen gelang, beweisen deren Resolutionen, die sich, wie z. B. die agrarpolitische, als eine Summe von Phrasen und Gemeinplätzen erwiesen. Oder ist es etwas anderes, wenn gefordert wird, daß die Bauern ihrer Erde, ihrer Sitte und damit Europa treu bleiben sollen? Oder wenn die Resolution der Jugendvertretung alles Heil der Welt von der Bildung eines europäischen Jugendrates erwartet? Vielleicht trug die traumhafte Umgebung hierzu bei, die für den Nordländer etwas geradezu Unwirkliches hatte. Die großartigen Räume des Palazzo Venezia mit ihren erlesenen Kunstschatzen und der sonnigen Galerie über einem noch grünenden Garten unter heiter-blauem Himmel mochte für manchen Teilnehmer nicht gerade eine Aufforderung zu Nüchternheit und Sachlichkeit bedeuten. Infolgedessen wurde allzu heftig betont, weder der Marshall-Plan (für den gerade eine Ausstellung in den Gallerie Colonna wirbt), noch die entstehenden innereuropäischen Zollunionen bedeuteten eine wirkliche Lösung, anstatt sie als einen sehr wichtigen, vor allem realen Schritt auf das gemeinsame Ziel hin zu begrüßen. Die mehrfach ausgesprochene Devise „La politique d'abord – die Politik zuerst“ dürfte wenig glücklich sein und macht eine abfällige Bemerkung des amerikanischen Botschafters in Rom bis zu einem gewissen Grade verständlich.

Um so wichtiger war das Bemühen der „Realisten“ in der politischen Kommission, auf eine stärkere Koordinierung der bestehenden europäischen Verbände zu drängen, deren es bereits mehrere gibt, die sich alle im letzten Frühling in Den Haag zusammenfanden, ohne daß es weiterhin zu einer echten Arbeitsgemeinschaft gekommen wäre. Die „parlamentarische Union“ Coudenhoves hat sich danach sogar abseits gestellt. Auch in Rom zeigte sich wieder die Gefahr des Föderalismus, die der Schatten seiner Stärke ist: das Mißtrauen gegen jede Einheit, die in Zentralismus ausarten könnte. Aber gerade der römische Kongreß der „Union europäischer Föderalisten“ bewies, wie notwendig es ist, mit den anderen Bewegungen,

deren es bereits fünf gibt, eng zusammenzuarbeiten, nicht nur um der dadurch verstärkten Kraft, sondern auch um der politischen Nüchternheit willen. Daß hierfür das von Churchill inspirierte „United Europe Movement“ eine ziemliche Gewähr bietet, dürfte kaum zu bezweifeln sein. Aber gerade gegen die Zusammenarbeit mit ihm erhoben sich auf italienischer Seite die stärksten Bedenken, die sich zu heftigen Redeschlachten steigerten. Von diesen wurde viel kostbare Zeit verschlungen.

Wenn in Italien ein Gefühl aller Parteien, einschließlich der Neo-Faschisten, verbindet, so ist es eine tiefe Friedenssehnsucht und ein elementarer Abscheu vor dem Kriege. Es ist fast unglaublich, daß in diesem Lande die Begriffe des Heroischen und Imperialen zwei Jahrzehnte lang als Scheidemünze zu kursieren vermochten, die genau so unecht waren, wie die verstaubte Inschrift auf der Wand eines der Versammlungsräume, die den Mythos vom Vittorio Veneto feiert. Hinzu kommt ein leicht erkennbarer antienglischer Affekt der italienischen öffentlichen Meinung, der sich seit dem Abessinienkrieg auf vielerlei Gründe beruft. Infolgedessen gerieten die italienischen Vertreter in eine spürbare Nervosität, als der breite Schatten Churchills über der Versammlung auftauchte. Der ehemalige italienische Botschafter in London Carandini ging so weit, die englischen Paneuropa-Bestrebungen als einen Versuch zu deuten, dem englischen Imperialismus ein deckendes Schild nach Osten zu verschaffen. Zugleich aber konnte auch von den Italienern nicht bestritten werden, daß ein geeintes Europa ohne England nicht existieren könne. Allgemein aber war die Ueberzeugung, daß Englands Doppelgesicht in Europa und im Empire eine besondere Stellung in einem europäischen Staatenbunde, freilich keine hegemoniale, notwendig mache.

Gerade deutsche Vertreter, vor allem Eugen Kogon, halfen in zäher Intensität zwischen den Standpunkten zu vermitteln und das Ziel der engeren Koordinierung aller Europa-Bewegungen nicht aus dem Blickfeld geraten zu lassen. Ob diese gelingt, werden die ersten Monate des kommenden Jahres beweisen, in denen Mitglieder aus allen nationalen Parlamenten und aus den wichtigeren Verbänden zu einem europäischen Parlament zusammentreten sollen. Im übrigen hielt sich die deutsche Delegation im gebotenen Hintergrund, um so mehr, als man ihr in besonderer Freundlichkeit entgegenkam. Ueber die Notwendigkeit, Deutschland als gleichberechtigten Partner in ein vereinigtes Europa aufzunehmen, gab es nur Einhelligkeit, der mehr als einmal beredt und warm Ausdruck gegeben wurde. Als gegen Schluß des Kongresses der italienische Außenminister Graf Sforza in seiner jovialen Art, einer Mischung aus Skepsis und Bonhomie das Wort ergriff, endeten seine Gedanken bei jenem Punkt, den er für den entscheidenden im Ost-West-Konflikt überhaupt erklärte: Deutschland, dem man seine Selbständigkeit in einer europäischen Gemeinschaft zurückgeben müsse, wenn man wirklich den Frieden wolle. Und bei einer Kundgebung im Theater Eliseo erklärte der französische Gewerkschaftsführer Jouhaux, daß eine europäische Föderation nicht ohne ein freies, demokratisches Deutschland entstehen könne.

Auch das besondere, geradezu betonte Interesse, das der Papst beim Empfang der Kongreßteilnehmer in Castell Gandolfo gerade den Deutschen entgegenbrachte, war in dieser Hinsicht aufschlußreich. In seiner Rede gab es zwei Andeutungen, die mehr als das waren und die von den Betroffenen verstanden sein dürften: Er wandte sich gegen den Mißbrauch eines politischen Uebergewichts zur Unterdrückung freien wirtschaftlichen Wettbewerbs zwischen den Völkern und gegen die Versklavung von Nationen durch ihre eigene ruhmreiche Geschichte, die sie hindere, die Gegenwart richtig zu sehen und an die Zukunft zu denken. Beides erschwere die Bildung eines vereinten Europas, wiewohl es doch allerhöchste Zeit sei, dieses zu schaffen. Weder die alten Eliten, die nicht mehr existierten oder bedeutungslos seien, noch die Massen könnten diese Aufgabe vollbringen, sondern nur jene vielen Einzelnen, die in den zehn Geboten und in den natürlichen Rechten jedes Menschen die unerläßliche Voraussetzung einer echten Ordnung erkennen und verteidigen.

Der Kongreß selbst bewies, daß ein vereinigtes Europa ohne die Anerkennung dieser religiös-sittlichen Grundlage nicht entstehen kann. Ohne diese werden Haß und Mißtrauen stärker sein als alle Einsicht in die brennende Notwendigkeit eines europäischen Staatenbundes. So war es denn mehr als ein Zufall, daß der Kongreß im Angesicht der weißen Gestalt des Papstes endete, die durch Jahrhunderte ein Symbol der europäischen Einheit war.